

Pressemitteilung Nr. 10 vom 12. April 2019

Die Bildungsgewerkschaft GEW zum „Sonderprogramm“ der Staatsregierung zur Entfristung von Lehrer*innen: Langfristige Programme sind notwendig!

In den Grund-, Mittel-, Förder- und Berufsschulen in Bayern herrscht ein großer Mangel an Lehrer*innen. Trotzdem bekamen über 7000 Lehrkräfte vom Kultusministerium nur befristete Verträge, über alle Schularten. Jetzt will die Staatsregierung immerhin 800 Lehrer*innen an Gymnasien und Realschulen entfristen oder verbeamen. Dazu Ruth Brenner von der Bildungsgewerkschaft GEW: „Das ist deutlich zu wenig. Wir brauchen unbefristete Arbeitsverträge für möglichst alle Kolleg*innen!“

Lehrkräfte an staatlichen Realschulen oder Gymnasien mit entsprechender Lehrbefähigung, die mindestens 60 Monate befristet angestellt waren, können sich jetzt verbeamen oder entfristen lassen. Das Ministerium verkündete diese Woche auf seiner Website ein „Sonderprogramm für die Verbeamtung/Entfristung von langjährig befristet beschäftigten Lehrkräften“ ab dem Schuljahr 2019/20. Die Lehrkräfte finden hier die Kriterien für die Entfristungen und können sich bis 30. April online bewerben.

Dazu Ruth Brenner, Vorsitzende der GEW-Fachgruppe Grund-/Mittelschulen und Mitglied im Hauptpersonalrat: „In den nächsten zwei Jahren sollen rund 800 Kolleg*innen an Realschulen und Gymnasien entfristet oder verbeamtet werden. Hier stellt sich zuallererst die Frage: Warum werden nicht auch Kolleg*innen aus dem Grund-, Mittel- und Förderschulbereich berücksichtigt?“

Natürlich seien 800 Entfristungen und Verbeamtungen besser als Nichts. Um dieses Sonderprogramm insgesamt bewerten zu können, bräuchte es aber eine Aussage der Staatsregierung, ob und wie das Sonderprogramm nach den zwei Jahren weiterläuft – gerade angesichts der hohen Zahl von 7246 befristeten Verträgen zum Stichtag 1. 10. 2017.

Die GEW bleibt bei ihrer langjährigen Forderung nach unbefristeten Arbeitsverträgen für möglichst alle Kolleg*innen: „Es geht hier um Menschen, die zusammen mit ihren Familienangehörigen in ihrer Lebensplanung direkt und massiv betroffen sind – das muss man immer vor Augen haben“, so Ruth Brenner weiter. Sie ergänzt: „Natürlich gibt es Ausnahmen, z.B. pensionierte Lehrkräfte, die als Aushilfe tätig sind – hier sind befristete Verträge durchaus sinnvoll.“

In Zeiten des massiven Lehrkräftemangels ist es an der Zeit, statt kurzgedachter „Sonderprogramme“ endlich ein langfristiges Programm auf die Beine zu stellen, das den Schulen und den Kolleg*innen organisatorische und berufliche Sicherheit gibt und massenhafte Unterrichtsausfälle und übergroße Klassen vermeidet. „Wir müssen den Kolleg*innen endlich Planungssicherheit geben und sie in ihrer wertvollen Bildungsarbeit durch gute Arbeitsbedingungen entlasten statt sie weiter zu belasten!“

Für Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Ruth Brenner, Tel. 0172 / 96 00 30 6, Mail: ruthbrennerpr@gmx.de oder

Bernhard Baudler, Tel. 089 / 54 40 81-21, Mail: bernhard.baudler@gew-bayern.de

V.i.S.d.P: Anton Salzbrunn, Vorsitzender GEW Bayern, anton.salzbrunn@gew-bayern.de